



PARLAMENTSTICKER



AUS DEM LANDTAG | 26. SEPTEMBER 2018

ANTRAG **BÜRGERSCHAFT FORDERT MODERNES EINWANDERUNGSGESETZ**

Die Bürgerschaft hat heute Eckpunkte beschlossen, die in ein Einwanderungsgesetz einfließen sollen. Auf Initiative der rot-grünen Koalition sprach sich das Parlament unter anderem für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, aber auch für eine Erleichterung der Bildungsmigration und bessere Regelungen für Kinder von Arbeitsmigranten aus. „Dies sind wichtige Ergänzungen für ein modernes, erfolgreiches und längst überfälliges Einwanderungsgesetz“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal.

„Deutschland braucht eine klare und transparente Regelung für die Zuwanderung“, sagte Senkal heute in seiner Rede in der Bürgerschaft und ergänzte: „Mit den geltenden Vorgaben gelingt es weder, die besten Fachkräfte mit beruflicher oder akademischer Qualifikation für Deutschland zu gewinnen, noch, die nötige gesellschaftliche Akzeptanz für Zuwanderung zu erreichen.“

Denn die aktuell gültigen Regelungen seien zu kompliziert, unübersichtlich und zudem in den Zuständigkeiten zu weit verstreut, erklärte der Sozialdemokrat. Es sei sinnvoll, die über verschiedene Ministerien verteilten Kompetenzen zu bündeln und

Deutschland ist ein Einwanderungsland, will es sein – und gibt sich deshalb als logischen Schritt auch ein Einwanderungsgesetz“, betonte Senkal. „Ein solches Gesetz soll offensiv und transparent regeln, wer unter welchen Bedingungen kommen, bleiben und arbeiten darf und welche Rechte und Pflichten damit verbunden sind.“

so nicht nur eine Einwanderungspolitik aus einem Guss zu ermöglichen, sondern auch verwaltungsinterne Dopplungen und Abstimmungsprobleme zu vermeiden – also Kosten zu sparen, Abläufe zu optimieren und Entscheidungsprozesse zu verkürzen.



Sükrü Senkal

„Es ist aber auch in jeder Beziehung – politisch, gesellschaftlich und auch ökonomisch – klug, mit einem Einwanderungsgesetz das Signal auszusenden: Ja,

Das im August vom Bundesinnenministerium vorgelegte Eckpunktepapier sei in diesem Sinne ein klares Signal und ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, sagte Senkal, schränkte aber ein: „Leider springt es in manchen Bereichen zu kurz und lässt wichtige Aspekte aus.“ SPD und Grüne hätten

daher in ihrem Antrag weitere wichtige Punkte benannt, für die der Senat sich nun auf Bundesebene einsetzen soll. Als Beispiele aus dem heute beschlossenen Antrag nannte der Sozialdemokrat etwa Erleichterungen bei der Bildungsmigration, Verbesserungen bei sozial-, integrations- und familienpolitischen Regelungen sowie die Möglichkeit eines Spurwechsels – also einer Möglichkeit auch bei einem abgelehnten Asylantrag in Deutschland zu bleiben, wenn Menschen einen Arbeitsplatz haben und gut integriert sind.

Nicht zuletzt sei Deutschland auf Zuwanderung angewiesen, betonte Senkal. „Ohne

Einwanderung wird die Bevölkerung in Deutschland schrumpfen und das Erwerbspersonenpotenzial deutlich zurückgehen“, sagte er. „Das bedeutet, dass das soziale Sicherungssystem – wie unter anderem die Pflege- und Rentenversicherung – immer stärker unter Druck geraten wird. Deshalb brauchen wir die gesteuerte Einwanderung von Fachkräften, die dazu beitragen, dass der Wohlstand in Deutschland gesichert wird. Wir wollen nicht fragen, woher jemand kommt, sondern was er oder sie zu unserer Gesellschaft beitragen kann.“

> Antrag: Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz
<http://tiny.cc/einwanderungsgesetz>

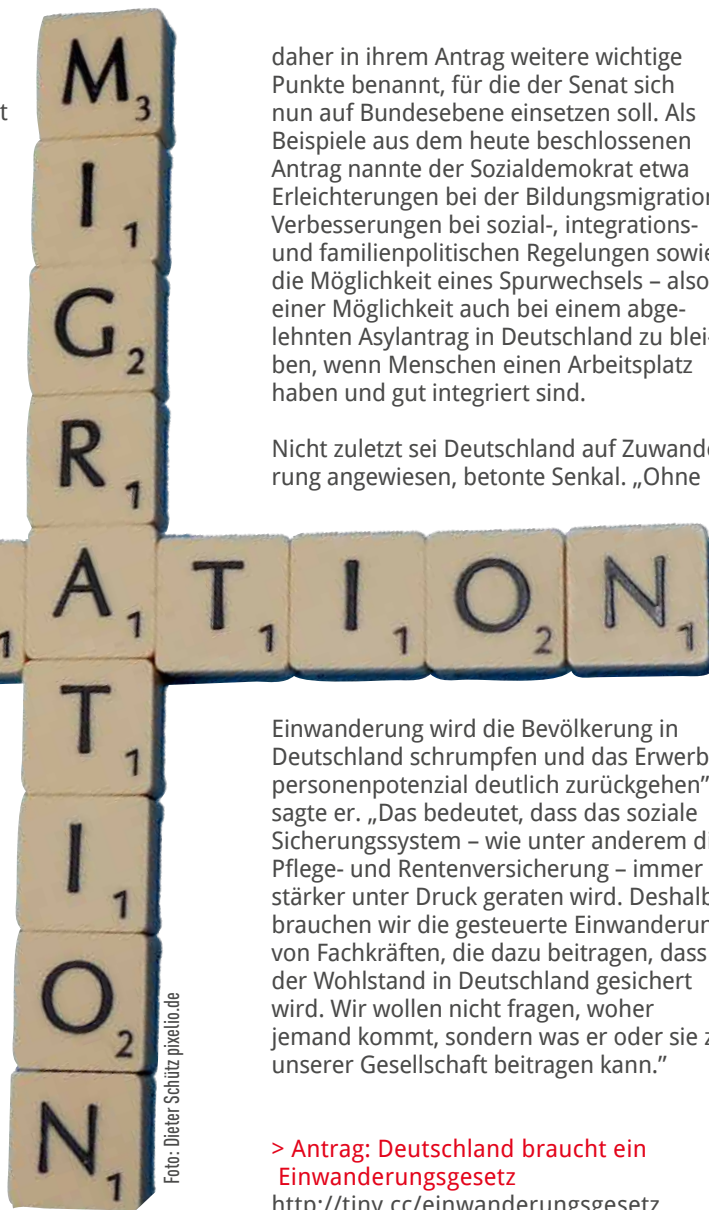


Foto: Dieter Schütz pixelio.de